

Abwanderung und Demografischer Wandel – Folgen für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. Herausforderungen für Schule und Jugendhilfe in peripheren Regionen Ostdeutschlands

Meine zentrale Fragestellung lautet: Wie verändern sich durch den demografischen Wandel und die anhaltende Abwanderung die Sozialisationsbedingungen von Kindern und Jugendlichen und welche Anforderungen ergeben sich daraus für Bildung und Erziehung in den peripheren Regionen Ostdeutschlands?

Den Hintergrund meiner Ausführungen bilden *erstens* quantitative und qualitative Studien in Ostdeutschland, u.a. Fallstudien in der Region Uckermark zu Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen, *zweitens* Diskursanalysen zum Thema und *drittens* eine interdisziplinäre Tagung der Sektion Jugendsoziologie im Jahre 2007 an der Universität Potsdam zum gleichnamigen Thema (vgl. auch die beiden Sammelbände „Jungsein in einer alternden Gesellschaft. Bestandsaufnahme und Perspektiven des Zusammenlebens der Generationen“, Juventa 2008 und „Regionale Abwanderung Jugendlicher als Teil des demografischen Wandels. Theoretische Analysen, Empirische Befunde und politische Gegenstrategien, Juventa 2009).

Im Folgenden möchte ich einige Forschungsergebnisse in Thesenform vorstellen:

1. Zusammenhang von demografischem Wandel und Abwanderung

Die Abwanderung junger Menschen ist Teil und Katalysator des demografischen Wandels. Von Abwanderung betroffen sind vor allem periphere bzw. strukturschwache Regionen, wobei sich Ost-West-Wanderungen und Land-Stadt-Wanderungen gegenseitig überlagern. Auch ein Nachlassen der Abwanderungswelle würde die demografische Schrumpfung der betroffenen Regionen zwar kaum verzögern, da andere Faktoren wie die niedrige Geburtenrate stärker wirken - die Abwanderung verschärft jedoch den demografischen Wandel in den betroffenen Gebieten sehr massiv.

Bei der Debatte um demografischen Wandel sind Diskursunterschiede in Ost und West festzustellen: Während in den alten Bundesländern der demografische Wandel vor allem unter den Aspekten Überalterung, Geburtenrückgang und Generationenverhältnis verhandelt wird, ist der Diskurs in den neuen Bundesländern vor allem durch die Abwanderungsdebatte geprägt. In den alten Bundesländern wiederum wird die Abwanderung junger Menschen vornehmlich als ostdeutsches Problem thematisiert.

2. Demografischer Wandel und Jugend als Forschungsdesiderat

Auf die Frage, welche Auswirkungen der demografische Wandel und die Abwanderung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in den betreffenden Regionen haben, gibt es bislang nur wenige empirisch fundierte Antworten. Die Auswirkungen werden vorwiegend aus demografischer und finanzieller Perspektive diskutiert (z.B. Finanzierung der Renten- und Krankenversicherung, Belastungen des Sozialstaates, fehlende Arbeitskräfte, Infrastruktur wie Verwaltungsstruktur, Finanz- und Personalentwicklung, Stadtumbau, öffentlicher Nahverkehr oder Wasserversorgung/-entsorgung). Neben dieser ökonomischen Dominanz des Diskurses kommt als zweiter Aspekt hinzu, dass es vor allem um ältere Menschen geht, während junge Menschen eine untergeordnete Rollen spielen. Es geht also eher um das Altsein und weniger um das Jungsein in einer alternden Gesellschaft, so z.B. um die wachsende Produktivität im Alter, um die Leistungen der Älteren für die Jüngeren, die Benachteiligung älterer Menschen, um mehr Arbeitsplätze für Ältere, um ihr bürgerschaftliches Engagement, um die Gesundheitsprävention, um die Pflegeleistungen usw. usf.

Auch die Sozialforschung tut sich mit dem Thema schwer, was verwundert, stellen sich doch sehr brisante Fragen wie: Welche sozialen und kulturellen Folgen hat es für Kinder und Jugendliche, wenn diese mit weniger Altersgleichen aufwachsen? Welche Konsequenzen sind zu erwarten, wenn junge Menschen vorwiegend von Ältern umgeben sind? Wie wandelt sich die Sozialisation, wenn sich die Sozialisationsinstanzen verändern? Welche Anforderungen ergeben sich für Bildung und Erziehung, für Schul- und Jugendhilfeentwicklung?

3. Folgen des demografischen Wandels für die Sozialisation von Kindern und Jugendlichen

Der „**Regel**“ (2006) prophezeit, die abnehmende Geburtenrate führe zu einer „Vereinzelung der Kinder“ und der Kindermangel zu einer „Gesellschaft von Egoisten“. Diese Annahmen sind vorschnell. Aus sozialisationstheoretischer Perspektive ist es plausibel, anzunehmen, dass weniger Altersgefährten nicht automatisch ungünstigere Bedingungen für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen bedeuten. Wichtig ist, wie die Gesellschaft mit den weniger werdenden Jugendlichen umgeht und wie sie deren Entwicklungsbedürfnissen Rechnung trägt. Schule und Jugendhilfe stehen vor der Aufgabe, die veränderten Sozialisationsbedingungen zu reflektieren und sich in ihrer Bildungs- und Erziehungsarbeit darauf einzustellen.

Wir gehen dabei von folgenden Annahmen aus:

- a) Weniger Gleichaltrige bedeuten auch weniger Interaktionserfahrungen und soziale Lerngelegenheiten mit Peers. Lernerfahrungen mit Peers sind aber für Jugendliche von außerordentlicher Relevanz, erfüllt die Peer group doch wichtige Funktionen, die von anderen Sozialisationsinstanzen nicht übernommen werden können. Aufgabe von Schule und Jugendhilfe wäre es, sozialen und kommunikativen Bedürfnissen von und Lernprozessen mit Gleichaltrigen mehr Bedeutung zu schenken.
- b) Weniger Gleichaltrige können auch weniger Orientierungshilfe und soziale Unterstützung seitens der Peers sowie weniger Abgrenzungs- und Emanzipationsmöglichkeiten von Eltern und Erwachsenen insgesamt bedeuten. Auch hier sind Schule und Jugendhilfe gefordert, mehr Orientierungs- und Unterstützungsangebote zu machen.
- c) Im Zuge des demografischen Wandels kommt es zu veränderten Familienstrukturen, die sich auf die Jugendlichen auswirken können. Neben Chancen (Betreuungsmöglichkeiten) gibt es auch gewisse Risiken: So werden durch die Zunahme von kinderlosen Ehepaaren, Singles usw. intergenerationelle Begegnung in Familien quantitativ abnehmen (Tendenz einer Separierung der Generationen). Gleichzeitig steigen durch die zunehmende Lebensdauer die Chancen für intergenerationelle Beziehungen.
- d) Weitere Risiken ergeben sich aus dem quantitativ verändernden Generationenverhältnis, z.B. einerseits Gefahr der „Hofierung“, „Infantilisierung“ von Kindern (z.B. Überbehütung, Kinder als „knappes Gut“), andererseits Gefahr der „struktureller Rücksichtslosigkeit“ gegenüber Kindern und Jugendlichen.
- e) Durch den demografischen Wandel und die Abwanderung werden soziale und territoriale Ungleichheiten verschärft. Einerseits bestehen soziale Ausdifferenzierungen auf dem Land schon länger (Milieu- und Schichtzugehörigkeit), andererseits hat der Strukturwandel von Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft zum Anstieg von Arbeitslosigkeit geführt. Soziale Segregation und Armut, ehemals typisch für großstädtische Entwicklung, werden zu Merkmalen peripherer ländlicher Gebiete mit der Folge, dass ein Teil der Jugendlichen in einem nicht durch Erwerbsarbeit strukturierten Alltag

aufwächst und selbst wiederum stark von Arbeitslosigkeit bedroht ist. Der demografische Wandel verstärkt durch selektive Abwanderung diese Entwicklung und schwächt zudem die Selbsthilfepotenziale vor Ort („Negativspiralen“), wenn Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Jugendclubs und andere Gelegenheitsstrukturen ausgedünnt werden - in der Folge verschärfen sich soziale und territoriale Ungleichheiten.

- f) Schließlich gehört zu den problematischen Entwicklungen in peripheren Regionen die Herausbildung einer jugendlichen rechtsextrem orientierten Alltagskultur. Durch den demografischen Wandel und die selektive Abwanderung werden Prozesse einer demokratischen politischen Sozialisation erschwert sowie Tendenzen autoritären Denkens begünstigt. In unserer Expertenbefragung im Land Brandenburg wurde auf Tendenzen „einer Radikalisierung in den Köpfen“ und auf eine sich entwickelnde „rigide Männlichkeitskultur“ verwiesen. Auch die aktuelle Shell-Studie verweist auf eine geringere Demokratiezufriedenheit unter Jugendlichen im ländlichen Raum im Vergleich zu anderen Siedlungsstrukturtypen und auf eine deutlich höhere Ablehnung von Migranten. Beobachter der Szene berichten von einem schleichenden Prozess der „Faschisierung der Provinz“. Politische Bildung sowie die Förderung von Mündigkeit und Zivilcourage rücken damit ins Zentrum von Bildung und Erziehung.


4. Verschärfung der Benachteiligung Jugendlicher in peripheren Regionen

Die Annahme ist hierbei, dass es durch den demografischen Wandel und die Abwanderung zu einer verstärkten Benachteiligung Jugendlicher in peripheren Regionen kommt.


- a) *Ausbildung und Beruf:* Die schulische und berufliche Ausbildung der Landjugend findet durch die Zentralisierung des Bildungswesens, durch Schulfusionen und Schulschließungen bzw. durch stark begrenzte Ausbildungsplätze häufig im städtischen Umfeld statt. Zudem sind höher qualifizierte Ausbildungsplätze auf dem Lande selten, so dass eine entsprechende Ausbildung mit Pendeln verbunden ist. Einige Untersuchungen weisen in diesem Zusammenhang auch auf ein Bildungsgefälle zwischen Jugendlichen aus städtischen und ländlichen Regionen hin.
- b) *Mobilität:* Insbesondere jüngere Jugendliche sind in ländlichen Regionen stark vom öffentlichen Nahverkehr abhängig und dadurch in ihrer Mobilität sehr eingeschränkt. Die Abhängigkeit vom zurück gehenden öffentlichen Nahverkehr und die mitunter erheblichen Fahrtzeiten gehören zum Alltagserleben von Jugendlichen auf dem Lande. Zur eigenständigen Lebensführung (z.B. Discobesuche) hat der Erwerb eines Führerscheins und eines eigenen Fahrzeuges einen hohen Stellenwert.
- c) *Freizeit und Medien:* Die Freizeitgestaltung ist stark von eigener Mobilität abhängig. Die Infrastruktur ist gekennzeichnet durch weniger Räume und Treffpunkte für Jugendliche (z.B. Jugendclubs, Bushaltestellen). Benachteiligungen der Landjugend bestehen auch beim Zugang zu den neuen Medien. Hinzu kommen erwachsenengeprägte Vereinsstruktur und die Geschlechtsselektivität der Freizeitmöglichkeiten. Jugendarbeit ist überwiegend Jungenarbeit.

Weniger Schulen – mehr bzw. bessere Bildung? Herausforderungen für die Schule

Bildung wird eine Schlüsselfunktion für den demografischen Prozess im Allgemeinen und für das lokale und regionale Infrastrukturangebot im Besonderen zugeschrieben. Sie hat eine Kernfunktion für die „Daseinsvorsorge“ vor allem im ländlichen Raum und soll die Voraussetzung für die Anpassungsleistungen und den Strukturwandel liefern, da gut ausgebildete junge Menschen am ehesten den demografischen Wandel meistern können. Bildungsplanung ist deshalb mehr als Schulnetzplanung. Es geht z.B. um die Frage, wie Bildungseinrichtungen

zur Sicherstellung von Bildungsangeboten auch unterhalb der Mindestgröße für Klassen- und Schulstärken  halten werden können (z.B. pädagogische Konzepte des altersgemischten Unterrichts oder der Ganztagsbildung, jahrgangsübergreifende Lerngruppen).




Vielerorts wird die Forderung erhoben, den Schülerrückgang für mehr Bildungsqualität zu nutzen. Eine Studie der Bosch-Stiftung unter dem Titel „Demographie als Chance“ geht von Minderausgaben von ca. 80 Milliarden bis 2020 aus und macht zugleich Vorschläge für eine umfassende Bildungsreform, z.B. Verfrühung der schulischen Ausbildung, Ende der Schulpflicht mit 14 Jahren, bessere Nutzung der Schulzeit, Ganztageschulen, Nutzung von Ferienzeiten, stabile Lerngruppen bis zum 7. Schuljahr, Erhöhung des Anteils von Schülern mit Hochschulreife, Verkürzung der Berufsschulpflicht auf einen Tag, leistungsgerechte Bezahlung und Evaluation des Lehrpersonals, praxisnahe Ausbildung des Lehrpersonals (vgl. Prognos AG 2006). Die sich aus dem demografische Wandel ergebenden Chancen sollten für die Erhöhung der Bildungsqualität genutzt werden.

Schließlich muss die  Schule den demografischen Wandel selbst zum Thema machen und durch eine verstärkte intergenerative Arbeit den „Dialog der Generationen“ befördern, schließlich ist das Verhältnis der Generationen zueinander – nach Klafki - eines der „Schlüsselprobleme“ der Gesellschaft.

6. Weniger Jugendliche - mehr Probleme? Herausforderungen für die Jugendarbeit

Die Jugendarbeit wird durch den demografischen Wandel in besonderer Weise betroffen: zum einen droht ihr Klientel zu (ver)schwinden, zum anderen ist sie mit Kürzungen und Umstrukturierungen konfrontiert. Speziell in den neuen Bundesländern erfordert der demografische Wandel – nach der ersten Transformation im Zuge der deutschen Vereinigung – eine zweite Transformation, bei der es nicht um die Übernahme von Strukturen geht, sondern um die Entwicklung eigener, innovativer Strategien. Ziel ist der Gewährleistung einer Grundversorgung an Jugendarbeit für alle Kinder und Jugendlichen. Dies ist an bestimmte Voraussetzungen gebunden, z.B. fundierte Sozialraumanalysen, stärkere Ressourcenbündelung, gezielte Aufgabenfokussierung, z.B. Kombination von mobiler Jugendarbeit und festen regionalen Standorten, die Konzentration von Fachkräften unterschiedlicher Professionen, Jugendarbeit, Schule, Verwaltung, Kommune, Polizei, Ehrenamt in multiprofessionellen Teams usw. Es geht dabei um eine Bündelung der Ressourcen im ländlichen Raum, z.B. mit den Sportvereinen, der Freiwilligen Feuerwehr oder anderen Vereinen. Jugendarbeit wird Teil der regionalen Bildungslandschaft. Und der Jugendarbeit kommt auch die politisch bedeutsame Aufgabe zu, Angebote der Jugend- und Bildungsarbeit aufrecht zu erhalten, demokratische Jugendkulturen zu fördern und zivilgesellschaftliche Strukturen mit aufzubauen. Der demografische Wandel verstärkt so insgesamt die Notwendigkeit kooperativer, fach- und generationsübergreifender sowie sozialräumlicher Bildungsarbeit.

7. Perspektiven der Bildungsinfrastruktur in peripheren Regionen

-  Schule wird stärker zu einem sozial-kommunikativen Erfahrungsraum, an  dem die Kinder und Jugendlichen mehr Zeit verbringen und  Peers finden.
- Die Schule bzw. das Schulgebäude wird zu einem multifunktionalen Ort für ganztägige Bildungsangebote (was mehr ist als Ganztagschule) und damit auch zu einem Ort für Jugendarbeit, was die Überwindung der traditionellen Gräben zwischen Schule und Jugendhilfe, z.B. durch Kooperationsvereinbarungen, voraussetzt.
- Potenzen liegen auch in der Kooperation zwischen den Kommunen im Bereich von Bildung, Kultur und Sport, z.B. gemeinsame Sportvereine, Fußballmannschaften usw.

- Bei der kommunenübergreifenden Bildungs- und Jugendarbeit sind solche Modelle wie „Mobile Beratungsteams“ und „Community Coaching“ perspektivträchtig.
- Eine weitere Perspektive ist in Bildungs- bzw. Schulangeboten über elektronische Medien zu sehen. Technische Möglichkeiten vorausgesetzt, kann am Technikinteresse der Jugendlichen angeknüpft werden und schulisches Lernen, aber auch die soziale Kommunikation mit den Gleichaltrigen verstärkt über die neuen Medien erfolgen.
- Neben der klassischen Rolle als Bildungsinstitution könnten sich Schule und Jugendarbeit auch in Richtung eines Moderators zwischen Jung und Alt entwickeln, der den Erfahrungsaustausch zwischen den Generationen pflegt (z.B. intergenerationale Bildungsprojekte wie „Seniorpartner in school“).

Bei der Debatte um den demografischen Wandel kann – insbesondere mit Blick auf bildungs- und schulpolitischen Strategien – an dem Erfahrungsschatz skandinavischer Länder angeknüpft werden.

Abschließend noch eine Empfehlung: Die PISA-Debatten um Bildungsstandards sollte künftig erweitert werden um die Dimension der demografischen Nachhaltigkeit, d.h. um die Dimension der Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche in vom demografischen Wandel und von Abwanderung besonders betroffenen Regionen. 